Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Anzeigenpreise siehe Impressum

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Nr. 6 — Freitag, den 8. Januar 1932 — 27. Jahrgang

Vorbereitung für Lausanne

Konferenzbeginn am 20 Januar?

Beratungen des Reparationsausschusses — Keine Botschafterkonferenz

Berlin, 6. Januar. Wie wir erfahren, werden die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom am Donnerstag in Berlin eintreffen und bereits am Nachmittag an den Reparationsberatungen teilnehmen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß man sich in der Oeffentlichkeit wohl zum Teil ein nicht ganz zutreffendes Bild von den Vorbereitungen macht, die die Reichsregierung für die Konferenz von Lausanne trifft. Das gilt namentlich insofern, als von einer großen „Diplomatenkonferenz" die Rede ist. In Wirklichkeit liegen diese Dinge so, daß nach den Ressortarbeiten im Auswärtigen Amt, bei dem der Schwerpunkt der Verhandlungen bis in die ersten Januartage hinein lag, nun seit Tagen der Reparationsausschuß des Reichskabinetts berät. In ihm sind bekanntlich das Auswärtige Amt, das Reichsfinanz-, das Reichswirtschafts- und — wegen der Eisenbahnen — das Reichsverkehrsministerium vertreten. An den Beratungen dieses Gremiums werden die Botschafter teilnehmen, um ihre unmittelbaren Eindrücke von den Hauptplätzen zu übermitteln. In diesem Rahmen ist natürlich vor allem die Anwesenheit des deutschen Botschafters in Paris besonders wichtig. Aus dem geschilderten Zusammenhang ergibt sich von selbst, daß die Bezeichnung „Botschafterkonferenz" nicht recht zutrifft. Der Berliner Aufenthalt der drei Botschafter ist übrigens nur auf einen Tag berechnet, sodaß sie an den Sitzungen des Gesamtkabinetts, die den Beratungen des Kabinettsausschusses folgen, gar nicht mehr teilnehmen

England gegen eine Verschiebung des Beginns der Reparationskonferenz

London, 6. Jan. Zu dem französischen Wunsch, die Reparationskonferenz am 25. Januar beginnen zu lassen, wird in hiesigen unterrichteten Kreisen erklärt, dieser Zeitpunkt liege zu spät, um ein wirksames Arbeiten zu ermöglichen. Man ist der Auffassung, daß die Verzögerung im Zusammentritt dieser Konferenz sowohl deren eigenen Erfolg als auch den der Abrüstungskonferenz beeinträchtigen könnte.

Die Londoner City und die Konferenz von Lausanne

London, 6. Jan. Zu den Gerüchten, daß die Lausanner Konferenz vielleicht eine Entscheidung bis zum Juni hinausschieben werde, schreibt Financial News, die City sei von dieser Möglichkeit nicht sonderlich begeistert, immerhin aber wäre eine solche Lösung noch besser als etwa eine Vereinbarung, die ein dreijähriges Moratorium zur Grundlage hätte.

Moratorium bis 1. Juli 1934?

Ein französischer Vorschlag

Paris, 6. Januar. Havas bestätigt, daß die gestrige Unterredung des deutschen Botschafters mit Laval und Flandin der Vorbereitung der Reparationskonferenz galt. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet, in Berlin auf die Verlängerung der eingefrorenen Kredite um ein Jahr geeinigt habe, stehe dem Zusammentritt der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege. Aber der 18. Januar scheine der französischen Regierung wegen der am 12. Januar beginnenden Parlamentssession zu nahe zu liegen. Da Laval persönlich an der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeiten teilzunehmen wünsche, werde er vorschlagen, die Einberufung der Reparationskonferenz um einige Tage, vielleicht bis zum 25. Januar, zu verschieben.

Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt, Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren, unter der Bedingung, daß die ungeschützten Youngannuitäten von Deutschland weiterbezahlt würden, wobei Deutschland, wie beim Hoovermoratorium, die Möglichkeit hätte, über diese Summen in Form verbürgter Anleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

Am 20. Januar?

Briand geht wahrscheinlich nicht nach Lausanne

Paris, 7. Jan. Briands Befinden soll, wie es hier heißt, so sein, daß bestimmt damit zu rechnen ist, daß er nicht an der Konferenz in Lausanne teilnimmt. Unter diesen Umständen wird die französische Delegation unter der Führung des Finanzministers Flandin stehen, der wahrscheinlich noch von einem anderen Minister unterstützt sein wird. Ministerpräsident Laval wird an der Eröffnungssitzung teilnehmen und sich dann später wieder, wenn sich die Verhandlungen ihrem Ende nähern, nach Lausanne begeben.

Als Termin für den Beginn der Konferenz wird heute der 20. Januar angegeben.

Deutschland und die Stillhaltekonferenz

Klarheit muß geschaffen werden

Berlin, 6. Januar. Angesichts der Tatsache, daß immer noch kein endgültiger Termin für den Beginn der Lausanner Reparationskonferenz festgesetzt ist, da Frankreich bemüht ist, den von England für den 18. Januar vorgeschlagenen Beginn um einige Zeit zu verschieben, wird an zuständiger Stelle erneut daran erinnert, daß Deutschland sich mit dem englischen Vorschlag einverstanden erklärt hat. Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß die Konferenz so schnell wie möglich zusammentreten muß. Selbstverständlich muß dabei Voraussetzung sein, daß bis dahin auch die Stillhalteverhandlungen zu einem Abschluß gelangen, damit Deutschland bei den Beratungen auf der Reparationskonferenz restlose Klarheit über seine gesamten Zahlungsverpflichtungen schaffen kann. Auch die an den Stillhalteverhandlungen beteiligten Bankenkreise sind der Auffassung, daß ihre Verhandlungen bis zum Beginn der Lausanner Konferenz zu einem Ergebnis führen müssen. Sie hoffen, Mitte Januar das neue Stillhalteabkommen fertiggestellt zu haben.

Wenn in den Erörterungen in der Oeffentlichkeit gegenwärtig von einer provisorischen Regelung des Reparationsproblems und einer Vertagung der Reparationskonferenz um mehrere Monate die Rede ist, so muß demgegenüber, wie in unterrichteten Kreisen nachdrücklich betont wird, mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems nötig ist. In allen Regierungs- und Sachverständigenkreisen steht man auf dem Standpunkt, daß höchste Gefahr im Verzuge ist, und daß die Konferenz unbedingt zu einem endgültigen Ergebnis führen muß.

Morgen Besprechung Brünings und Groeners mit Hitler

Berlin, 7. Jan. Im Laufe des Freitag wird in Berlin eine Aussprache des Reichskanzlers Brüning und des Reichswehrministers Groener mit dem Führer der NSDAP., Adolf Hitler, stattfinden. Der Gegenstand der Aussprache wird im wesentlichen innerpolitische Fragen betreffen und sich in der Hauptsache mit dem Verhalten der Nationalsozialisten bei der Reichspräsidentenwahl befassen.

Stimson zur Frage der Abrüstung

Washington, 6. Januar. Staatssekretär Stimson hielt heute im Auswärtigen Ausschuß des Repräsentantenhauses eine Rede, in der er die Notwendigkeit energischer Maßnahmen zur Durchführung des im Versailler Vertrag vorgesehenen ursprünglichen Abrüstungsplanes betonte. Wenn, so erklärte er, die Vereinigten Staaten keine Delegation zur Abrüstungskonferenz entsenden würden, so würde der Friede und die Stabilität der Welt eine rückläufige Bewegung von fast unberechenbarer Tragweite erleiden. Die Tatsache, daß die Alliierten dem Beispiel der deutschen Abrüstung nicht gefolgt sind, schuf einen Zustand der Ungleichheit in Europa, der ein Gefühl der Erbitterung hervorrief. Stimson fügte hinzu: Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß die Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Abrüstungskonferenz ihren Beitritt zum Völkerbund zur Folge haben könnte.

Schuldenzahlungen an USA. in Silber?

Washington, 6. Januar. Senator Borah hat gestern einen Gesetzesantrag eingebracht, durch den auswärtige Regierungen ermächtigt werden sollen, ihre Schulden an die Vereinigten Staaten in Silber zu bezahlen. Borah hat aber ausdrücklich bemerkt, daß er nicht der Urheber des Antrages sei.

Der französische Kriegsminister Maginot gestorben

Paris, 7. Jan. Kriegsminister Maginot ist heute früh um 2 Uhr (französischer Zeit) gestorben.

Reichseinnahmen und -ausgaben im November 1931

Berlin, 6. Januar. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrugen im November 1931 (Angaben in Millionen Mark) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 739,5 und die Ausgaben 686,7; mithin ist für November eine Mehreinnahme von 52,8 (Oktober Mehreinnahme 81,3) zu verzeichnen. Da die Einnahmen in den Monaten April bis November 1931 5909,4 und die Ausgaben in dem gleichen Zeitraum 5817,7 betragen haben, ergibt sich für Ende November ein Plusbestand von 91,7. Der aus dem Vorjahr übernommene Fehlbetrag von 1030,5 vermindert sich gemäß der Schuldentilgung in Ausführung des Gesetzes vom 23. Oktober 1930 um 280,0 auf 750,5. Unter Berücksichtigung dieses Betrages würde sich das Defizit für Ende November auf 658,8 stellen.

Im außerordentlichen Haushalt wurden im November keine Beträge vereinnahmt; bei Ausgaben von insgesamt 55,7 ergibt sich also eine Mehrausgabe von 55,7. Für die Monate April bis November stehen Einnahmen von 26,5 Ausgaben von 137,1 gegenüber, sodaß sich hier für das Ende des Berichtsmonats ein Fehlbetrag von 110,6 und unter Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbetrages von 261,4 ein Defizit von 372,0 ergibt. Das Gesamtdefizit beider Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge errechnet sich auf 1030,8.

Massenverhaftungen in Indien

Bombay, 6. Januar. Heute in den frühen Morgenstunden wurden Massenverhaftungen von Kongreßführern vorgenommen, u. a. wurde der vormalige Präsident der indischen gesetzgebenden Versammlung festgenommen.

Der indische Boykott englischer Waren

Ahmedabad, 6. Jan. Die hiesige Stadtverwaltung hat mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, keine britischen Waren zu kaufen.

500 indische Organisationen verboten

Bombay, 6. Jan. Alle Kongreß- und dem Kongreß angegliederten Organisationen der Präsidentschaft Bombay sind als gesetzwidrig verboten worden. Von dieser Maßnahme werden 500 Organisationen betroffen.

Streiktumulte in Holland

Amsterdam, 6. Jan. In Enschede, dem Zentrum des Textilarbeiterstreiks im Industriegebiet von Twenthe, kam es gestern abend wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und Streikenden. Die Ausständigen hatten sich zusammengerottet, um Arbeitswillige, unter denen sich auch einige aus benachbarten deutschen Grenzorten stammende deutsche Arbeiter befanden, tätlich zu bedrohen und ihre Wohnungen zu beschädigen. Die Menge eröffnete beim Herannahen von Polizeipatrouillen auf diese ein Steinkohlenbombardement, wodurch ein Polizeioffizier,

Einheitsfront nach außen?

Außenpolitische Kundgebung des Reichstags angeregt

Berlin, 6. Januar. Die „Tägliche Rundschau" das Hauptblatt des Christlich-Sozialen Volksdienstes, nimmt gegen eine Vertagung der Tributkonferenz und auch gegen die Schaffung eines Provisoriums Stellung und schreibt dann u. a. folgendes:

„Für den Kampf um die Endlösung ist der Zusammenschluß aller deutschen Parteien zu einer Einheitsfront nach außen notwendig. Es würde ein schönes Zeichen deutscher Entschlossenheit sein, wenn alle Gruppen bei der Polemik den außenpolitischen Gesichtspunkt berücksichtigen würden. Es ließe sich vorstellen, daß der Reichstag sich vor der Lausanner Konferenz versammelt und in einer einmütigen Kundgebung die Forderung des deutschen Volkes vertritt. Es ließe sich vorstellen, daß das Auftreten der deutschen Minister begleitet wird von einer würdigen Mahnung des Parlamentes, von einem Aufruf an die Welt, der die deutsche Forderung einer Endlösung noch einmal aller Welt darstelle."

Berlin, 6. Januar. Der Appell der „Täglichen Rundschau", die Reichstagsparteien möchten sich noch vor der Reparationskonferenz zu einer gemeinsamen Kundgebung für eine Endlösung in der Tributfrage zusammenfinden, hat in parlamentarischen Kreisen lebhafte Beachtung gefunden. Er geht, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, auf schon längere Zeit zurückliegende Besprechungen von Parlamentariern zurück, die daran interessiert sind, der amtlichen deutschen Außenpolitik von innen her eine kraftvolle Stütze zu geben, und zwar geht der Gedanke dieser Kundgebung von einer Gruppe jüngerer Parlamentarier aus verschiedenen Parteien aus. Offizielle Verhandlungen zwischen den Fraktionen haben darüber aber noch nicht stattgefunden. Von dem Echo, das die Anregung der „Täglichen Rundschau" in der Oeffentlichkeit findet, wird es vielmehr abhängen, ob diese Bestrebungen sich schon in der am nächsten Dienstag stattfindenden Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages bei der Entscheidung über den kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages irgendwie auswirken werden.

Auch in Regierungskreisen hat man, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. weiter hört, von den Bestrebungen des Christlich-Sozialen Volksdienstes erst durch die jetzige Veröffentlichung Kenntnis erhalten. Man macht in der Wilhelmstraße darauf aufmerksam, die ganze Welt wisse ohnehin, daß das deutsche Volk in der Ablehnung der Tributlasten und in dem Verlangen nach einer Endlösung einmütig zusammenstehe.

SLUB
Wir führen Wissen.